

der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht minder interessiert, wie im umgekehrten Verhältnis weiland Wilhelm II.", während er es aber unterlassen hat, den unmittelbar vorhergehenden Satz mit zu zitieren, der an dem Sinne nicht den geringsten Zweifel läßt. Es heißt da: "In einem Augenblick, in dem es sich darum handelt, den Krieg wider das Ausland aufzunehmen, ist gerade die herrschende Klasse, die Arbeiterklasse, am Frieden im Innern ausschlaggebend interessiert."

Worin besteht der Burgfriede? Es ist doch klar, daß, wenn das Proletariat seine Diktatur aufrichtet, es diese seine Diktatur in bestimmte gesetzliche Formen bringt. Sobald ein Staat aufgerichtet wird, konsolidiert sich die neue revolutionäre Ordnung, die sich jedem durch das Mittel der Gesetze auferlegt. Gegen denjenigen vorzugehen, der diesen Gesetzen nachkommt, besteht keinerlei Veranlassung. Aber gegen diejenigen, die sich diesem gesetzlichen Zustande, diesem Burgfrieden, nicht beugen, wird mit aller Schärfe vorgegangen werden. Jeder staatliche Zustand ist Burgfriede, den die herrschende Klasse denen gewährt, die sich diesem gesetzlichen Zustande beugen. Der staatliche Zwang wird ausgeübt unter der Bedingung, daß jeder, der sich diesem Zwange fügt, unter dem Schutze, dem Burgfrieden der Gesetze lebt. Die Voraussetzung dafür, daß man gegen die Saboteure selbst mit Mitteln des Terrors vorgehen kann, ist eben, daß man denen, die sich dem staatlichen Zustande beugen, den Frieden der Gesetze gewährt. Nur wenn in dieser Weise verfahren wird, hat das Proletariat Aussicht, daß es in der Tat in Zeiten des Krieges seine Diktatur aufrecht erhalten kann. Wenn das Proletariat in einen ausländischen Krieg verwickelt wird, womit gerechnet werden muß, dann spielen jene Schichten, die die Lebensquellen des Landes in der Hand haben, eine sehr gewichtige Rolle. Bei uns in Deutschland wird ca. 2/3 der ganzen Bodenfläche von Klein- und Mittelbauern bearbeitet. Die Ernährung hängt von der Erhaltung dieser Bevölkerungsschichten

ab. Glaubt man, daß man mit diesen fertig wird, indem man den Terror proklamiert? Ich möchte hier in kurzen Ausführungen darauf hinweisen, daß die Auffassung, wie wir sie vertreten, und die Stellung, die wir gegenüber der Bourgeoisie einnehmen, im wesentlichen der Stellung entspricht, die auch Lenin in einer Rede auf dem 9. Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei eingenommen hat. Es heißt da:

"Und was denkt Ihr wohl. Als die Bourgeoisie das Feudalsystem ablöste, verwechselte sie da die Herrschaft mit der Verwaltung? Nein, so dumm waren die Bourgeois nicht. Sie sagten, daß man, um zu verwalten, Leute brauche, die zu verwalten verstehen; dazu müsse man die Lehnschergen nehmen und sie ändern. So taten sie auch. Nun, war dies ein Fehler? Nein, Genossen. Die Fähigkeit, zu verwalten, fällt nicht vom Himmel und wird nicht vom heiligen Geiste geboren. Deshalb, weil die Arbeiterklasse eine vorgeschrittene Klasse ist, ist sie noch nicht von vornherein zur Verwaltung fähig. Das sehen wir an einem Beispiel. Als die Bourgeoisie siegte, nahm sie die Verwalter aus der Feudalklasse. Ja, woher sollte sie sie sonst nehmen? Man muß nüchtern auf die Sache sehen. Die Bourgeoisie nahm die vorhergehende Klasse und vor uns steht gegenwärtig dieselbe Aufgabe, die Kenntnisse, die technische Erfahrung, der vorhergehenden Klasse zu nehmen, sie uns zu unterwerfen, sie zum Siege der Arbeiterklasse auszunutzen. Wir sagen, daß die Klasse, die gesiegt hat, reif sein müsse, die Reife aber wird nicht durch Vorschrift oder eine Bescheinigung bewiesen, sie wird durch Erfahrung, durch die Praxis bescheinigt. Die Bourgeois siegten, ohne zur Verwaltung reif zu sein, und sie stellten ihren Sieg dadurch sicher, daß sie eine neue Konstitution proklamierten. Sie nahmen die Rekruten der Verwaltung aus ihrer Klasse und begannen ihre eigenen neuen zur Verwaltung vorzubereiten, zu welchem Zwecke sie den ganzen Staatsapparat in Bewegung setzten, die Feudalinstitutionen sequestrierten und nur diejenigen in die Schule ließen, die reif waren. Auf diese Weise bereiteten sie im Laufe vieler Jahre und Jahrzehnte Administratoren aus ihrer eigenen Klasse vor. Und gegenwärtig muß es in einem Staate, der nach dem Ebenbild der herrschenden Klasse eingerichtet ist, ebenso gemacht werden, wie dies in allen Staaten gemacht wurde. Wenn wir uns nicht auf die Position des reinsten Utopismus der leeren Phrasen stellen wollen, so müssen wir sagen, daß wir die durch die Revolution eroberte Konstitution sicher stellen müssen; für die Verwaltung aber, für die staatli-

che Organisation brauchen wir Leute, die die Technik der Verwaltung beherrschen, die staatliche und wirtschaftliche Erfahrung besitzen. Solche Leute aber sind nirgends zu finden als in der vorhergehenden Klasse.

Auf Schritt und Tritt sind die Urteile über die Kollegialität in der Verwaltung vom Geiste einer unzulässigen Unwissenheit, vom Geiste der Feindseligkeit gegenüber dem Spezialistentum durchdrungen. Mit einem solchen Geiste kann man nicht siegen. Um zu siegen, muß man das ganze tiefe, historische Verhältnis verstehen, muß man daran denken, daß wir den Kommunismus auf den Trümmern der alten bürgerlichen Welt bauen, und um diesen Kommunismus zu bauen, muß man die Wissenschaft und die Technik nehmen, und sie für breitere Kreise anwenden. Das ist aber nirgends zu finden als bei der Bourgeoisie. Diese Grundfrage muß hervorgehoben und zu den Grundaufgaben des wirtschaftlichen Aufbaues gestellt werden".

Sie haben hier klar und deutlich die Auslassung, daß das Proletariat als herrschende Klasse auf das technische und spezialistische Können der bis dahin herrschenden Klasse angewiesen ist. Wenn die Arbeiterklasse ihre gesellschaftliche Organisation aufbaut, dann muß sie diese Träger der bürgerlichen Klasse als Einzelpersonen eingliedern. Das geschieht in der Weise, daß sie eben für die gesellschaftliche Organisation zur Grundlage nimmt den Gesichtspunkt der nützlichen Arbeit. Die Auffassung, wie sie hier von Lenin kundgetan wird, deckt sich in allen großen grundlegenden Zügen, soweit es sich um die staatliche Notwendigkeit handelt, mit der Auffassung, die auch wir vertreten. Staatsgewalt ist stets Zwang. Die Eingliederung der Einzelglieder der Bourgeoisie geschieht auf der Grundlage der allgemeinen Arbeitspflicht. Sie ist ein staatlicher Zwangszustand, ein Gesetz, das mit allen Mitteln durchgeführt wird. Jeder, der sich fügt, steht im Schutze dieses Gesetzes, unter seinem Frieden, unter dem Burgfrieden.

Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, daß die Adresse ausgeht von dem Standpunkt, von der Tatsache der erkämpften, der errichteten proletarischen Diktatur. Man deutet nun die

betreffende Stelle der Adresse dahin, als ob wir irgend ein Abkommen mit der Bourgeoisie als Klasse im Auge gehabt hätten. Davon ist gar keine Rede. Wenn die Voraussetzung der ganzen Politik der Arbeiterklasse die Vernichtung der Bourgeoisie ist, wie sollte dann die Möglichkeit gegeben sein, mit ihr als Klasse ein Kompromiß zu schließen? Die Existenz einer Klasse als Klasse setzt politische Gewalt voraus, und ich habe vorhin dargelegt, daß sich der proletarische Staat dadurch ausdrückt, daß diese Bourgeoisie nicht nur als politische Macht, sondern auch soweit wirtschaftliche Organisationen bestehen, zertrümmert wird, daß lediglich noch Einzelpersonen von ihr übrig sind.

Es ist dann auch zum Ausdruck gebracht worden, daß die Politik, die wir vertreten, die Politik der Kapp-Lüttwitz selbst sei. Jedermann, der uns irgendwelche politische Gemeinschaft mit diesen Leuten nachsagt, beweist nur, daß er nicht politisch zu denken vermag. Wer sind die Kapp-Lüttwitz? Das ist das kleine Fraktionchen der Konservativen, die auf einem preussischen Standpunkte stehen, die kleindeutsch sind, während wir doch den Gedanken der Zusammenfassung des ganzen deutschen Volkes propagieren. (Zuruf: Großdeutsch!) Es ist merkwürdig, daß, wenn man in Deutschland etwas sagt, man angehöhnt und angelacht wird, während man dasselbe bei unseren russischen Genossen für ganz selbstverständlich hält. Panslavistisch heißt allrussisch und das steht auf dem Titel der russischen Verfassung.

Wie wir zu den Dingen stehen, das geht hervor aus dem, was sich jetzt im Reichstage abspielt. Die Deutschnationale Volkspartei hat augenblicklich nach einem Berichte des "Hamburger Fremdenblattes" folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

"In der Zeitschrift "Deutsche Wirtschaftshilfe" befindet sich folgende Nachricht: Kürzlich sprach in Elberfeld der Kommunist L. aus Hamburg in der Stadthalle zu der revolutionären Arbeiterschaft. Etwa 10.000 Personen aller Parteien waren anwesend. L. sprach aus, daß die Errich-

tung der Räterepublik in Kürze erfolgen würde. Waffen seien genug vorhanden. Die Verteilung würde frühzeitig erfolgen, nachdem das Zeichen zum Losschlagen gegeben sei."

Die Deutschnationale Volkspartei fragt dann weiter an, was die Regierung dagegen zu tun gedenke.

Es zeigt sich da ganz klar und deutlich, welche Stellung die Kapp-Lüttwitz-Gruppe speziell zu uns einnimmt, wie sie uns einschätzt. Die Kapp-Lüttwitz-Gruppe weiß sehr gut, daß gerade die Politik, die wir vertreten, die preussisch-konservative ein für allemal erledigt. Als die Kapp-Lüttwitze zum erstenmale auf den Plan traten, das war im Juni vorigen Jahres, da handelte es sich anlässlich der Hamburger Unruhen darum, den Vormarsch Lettow-Vorbecks gegen Hamburg zu inszenieren. Damals war in ganz Deutschland in allen größeren Städten der Belagerungszustand verhängt, mit Ausnahme des Gebietes um Hamburg. Es ging das Ziel ganz offensichtlich dahin, in Hamburg die Arbeiterschaft zu provozieren, sie niederzuschlagen und dann auch dort die militärische Diktatur zu errichten. Und nicht nur dies. Was man wollte, ergab sich daraus, daß eben in jener Zeit die Präsidentschaftskandidatur des Prinzen Ruprecht von Bayern in die Öffentlichkeit geworfen wurde. Die Ziele der Reaktion liegen handgreiflich vor Augen. Den Kapp-Lüttwitzern ist das Spiel verdorben worden. Die Hamburger Taktik, die darauf hinauslief, das ganze Proletariat über die Parteien hinweg zusammen zu fassen und als Klasse zu bewaffnen, machte der Reaktion einen Strich durch ihre Rechnung. Dieser Clique ist von uns das Spiel verdorben worden, und sie hat es peinlichst unterlassen, sich uns irgendwie zu nähern. Als dann der Kappputsch kam, verhandelte man mit Radek, Levi, da wurde auch der Name Rasch genannt, obschon ich keinen Zweifel habe, daß das nicht stimmte. Aber mich konnte man in Gollnow genau so leicht erreichen wie die anderen. Die Kapp-Lüttwitz-Leute haben sich wohl gehütet, auch nur durch irgend eine Zwischenperson die Andeutung von Verhandlungen zu machen.

Ich will nicht weiter auf die anderen Dinge kommen, will nur noch das eine sagen, daß, wenn man die Adresse falsch interpretieren will, man allerdings zu allerhand Konsequenzen kommen kann; was aber die Adresse besagt, ist eindeutig. Wer die Dinge unbefangen liest, kann über die Sache keinerlei Zweifel haben.

RADEK

Unser Standpunkt ist von Radek selbst in einem Artikel der Russischen Korrespondenz "Zur Charakteristik des Krieges mit Polen" aufgegriffen worden, und es zeigt sich, wie sehr der Name K-radek (Das heißt Dieb) auf einen Mann wie Radek zutrifft, der in diesem Artikel nur unsere Gedanken gestohlen hat. Es tut mir leid, daß ich Ihnen zur Kennzeichnung noch ein längeres Zitat verlesen muß. In der Roten Fahne hat Radek das Gegenteil dessen, was er hier behauptet, in langen Ausführungen gegen mich zu beweisen versucht. Es heißt dann in dem Artikel der Russischen Korrespondenz:

"Im ganzen Orient, in der Türkei, in China und Indien sind solche Kriege nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich werden sie die Folge des geschwächten europäischen Kapitalismus sein, der diese Länder ausbeutet. Aber ist ein nationaler Krieg der Bourgeoisie in Europa selbst möglich? Ist augenblicklich ein nationaler Krieg in Deutschland oder Ungarn denkbar? - Wenn es sich um einen Krieg der Bourgeoisie Deutschlands oder Ungarns gegen das Ententekapital handelt, das durch den Versailler Frieden diese Länder zertreten, das ihnen ein wirtschaftliches Joch aufgezwungen hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß, obgleich das Bestreben, einen solchen Krieg zu führen, vorhanden ist, dieser Krieg doch nicht geführt werden kann, denn die Kapitalisten dieser Länder befinden sich gleichzeitig im Gegensatz zur Arbeiterklasse und zur Entente. Da die Arbeiterklasse sie mit der Vernichtung ihrer Lage als herrschende Klasse bedroht, die Entente sie dagegen zu Mittelpersonen ihrer Ausbeutung der Volksmassen Deutschlands und Ungarns macht, so wird die nationale Feindschaft gegenüber der Entente übertroffen durch die Feindschaft des Kapitals gegen das revolutionäre Proletariat. Aber bedeutet dies, daß das Proletariat, das diese Bourgeoisie besiegt hat, das Joch des fremden Kapitals ruhig ertragen wird? - daß es in zersplittertem Zustand und unter dem Joch des Ententekapitalismus - imstande sein wird, die Diktatur zu errichten und an diesen sozialen Aufbau heranzugehen? Wenn in Deutschland

tung der Räterepublik in Kürze erfolgen würde. Waffen seien genug vorhanden. Die Verteilung würde frühzeitig erfolgen, nachdem das Zeichen zum Losschlagen gegeben sei."

Die Deutschnationale Volkspartei fragt dann weiter an, was die Regierung dagegen zu tun gedenke.

Es zeigt sich da ganz klar und deutlich, welche Stellung die Kapp-Lüttwitz-Gruppe speziell zu uns einnimmt, wie sie uns einschätzt. Die Kapp-Lüttwitz-Gruppe weiß sehr gut, daß gerade die Politik, die wir vertreten, die preussisch-konservative ein für allemal erledigt. Als die Kapp-Lüttwitz zum erstenmale auf den Plan traten, das war im Juni vorigen Jahres, da handelte es sich anlässlich der Hamburger Unruhen darum, den Vormarsch Lettow-Vorbecks gegen Hamburg zu inszenieren. Damals war in ganz Deutschland in allen größeren Städten der Belagerungszustand verhängt, mit Ausnahme des Gebietes um Hamburg. Es ging das Ziel ganz offensichtlich dahin, in Hamburg die Arbeiterschaft zu provozieren, sie niederzuschlagen und dann auch dort die militärische Diktatur zu errichten. Und nicht nur dies. Was man wollte, ergab sich daraus, daß eben in jener Zeit die Präsidentschaftskandidatur des Prinzen Ruprecht von Bayern in die Öffentlichkeit geworfen wurde. Die Ziele der Reaktion liegen handgreiflich vor Augen. Den Kapp-Lüttwitzern ist das Spiel verdorben worden. Die Hamburger Taktik, die darauf hinauslief, das ganze Proletariat über die Parteien hinweg zusammen zu fassen und als Klasse zu bewaffnen, machte der Reaktion einen Strich durch ihre Rechnung. Dieser Clique ist von uns das Spiel verdorben worden, und sie hat es peinlichst unterlassen, sich uns irgendwie zu nähern. Als dann der Kappputsch kam, verhandelte man mit Radek, Levi, da wurde auch der Name Rasch genannt, obschon ich keinen Zweifel habe, daß das nicht stimmte. Aber mich konnte man in Gollnow genau so leicht erreichen wie die anderen. Die Kapp-Lüttwitz-Leute haben sich wohl gehütet, auch nur durch irgend eine Zwischenperson die Andeutung von Verhandlungen zu machen.

Ich will nicht weiter auf die anderen Dinge kommen, will nur noch das eine sagen, daß, wenn man die Adresse falsch interpretieren will, man allerdings zu allerhand Konsequenzen kommen kann; was aber die Adresse besagt, ist eindeutig. Wer die Dinge unbefangen liest, kann über die Sache keinerlei Zweifel haben.

Unser Standpunkt ist von Radek selbst in einem Artikel der Russischen Korrespondenz "Zur Charakteristik des Krieges mit Polen" aufgegriffen worden, und es zeigt sich, wie sehr der Name K-radek (Das heißt Dieb) auf einen Mann wie Radek zutrifft, der in diesem Artikel nur unsere Gedanken gestohlen hat. Es tut mir leid, daß ich Ihnen zur Kennzeichnung noch ein längeres Zitat verlesen muß. In der Roten Fahne hat Radek das Gegenteil dessen, was er hier behauptet, in langen Ausführungen gegen mich zu beweisen versucht. Es heißt dann in dem Artikel der Russischen Korrespondenz:

"Im ganzen Orient, in der Türkei, in China und Indien sind solche Kriege nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich werden sie die Folge des geschwächten europäischen Kapitalismus sein, der diese Länder ausbeutet. Aber ist ein nationaler Krieg der Bourgeoisie in Europa selbst möglich? Ist augenblicklich ein nationaler Krieg in Deutschland oder Ungarn denkbar? - Wenn es sich um einen Krieg der Bourgeoisie Deutschlands oder Ungarns gegen das Ententekapital handelt, das durch den Versailler Frieden diese Länder zertreten, das ihnen ein wirtschaftliches Joch aufgezwungen hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß, obgleich das Bestreben, einen solchen Krieg zu führen, vorhanden ist, dieser Krieg doch nicht geführt werden kann, denn die Kapitalisten dieser Länder befinden sich gleichzeitig im Gegensatz zur Arbeiterklasse und zur Entente. Da die Arbeiterklasse sie mit der Vernichtung ihrer Lage als herrschende Klasse bedroht, die Entente sie dagegen zu Mittelpersonen ihrer Ausbeutung der Volksmassen Deutschlands und Ungarns macht, so wird die nationale Feindschaft gegenüber der Entente übertroffen durch die Feindschaft des Kapitals gegen das revolutionäre Proletariat. Aber bedeutet dies, daß das Proletariat, das diese Bourgeoisie besiegt hat, das Joch des fremden Kapitals ruhig ertragen wird? - daß es in zersplittertem Zustand und unter dem Joch des Ententekapitalismus - imstande sein wird, die Diktatur zu errichten und an diesen sozialen Aufbau heranzugehen? Wenn in Deutschland

und in den Donauländern die Revolution eher siegt, als in Frankreich, England oder Amerika, so wird das Proletariat dieser Länder vor der Frage des Krieges gegen die Entente stehen - eines Krieges, der zeitweise aus taktischen Gründen mit diplomatischem Lavieren zu umgehen sein wird, der aber eine historische Notwendigkeit werden kann. Dieser Krieg wird die Befreiung des Gebietes, auf dem das deutsche und ungarische Proletariat, das durch den Lauf der Ereignisse für die Diktatur des Proletariats bereits reif geworden ist, lebt, zum Ziele haben. Es wird der Krieg sein um die Vereinigung des ganzen Gebietes der deutschen oder ungarischen Nation in den Händen des deutschen oder ungarischen Proletariats. Die Klassen, die den Krieg führen, sind andere geworden, aber das nationale Ziel ist gleich geblieben - die Einigung des ganzen, von einer und derselben Nation durchvölkerten Gebietes in Händen der herrschenden Klasse: in der kapitalistischen Epoche war es die Bourgeoisie, die zur Einführung des Kapitalismus das Gebiet der Nation zu einigen bestrebt war, in der Epoche der Arbeiterrevolution tut dasselbe das Proletariat zur Einführung des Kommunismus. Wer leugnet, daß in diesen Kriegen nationale und soziale Ziele vereinigt sind, der leugnet Tatsachen. Wer sagt, daß die Zusammenfassung des nationalen Gebietes nur ein Mittel zu einem höheren Zwecke ist, zur Diktatur des Proletariats und zur Einführung des Kommunismus, der vergißt, daß auch für die Bourgeoisie das nationale Territorium kein Selbstzweck war; das Ziel, dem die Zusammenfassung der nationalen Gebiete diene, war die Errichtung der Herrschaft der Bourgeoisie zur Organisation der kapitalistischen Produktion. Darum verzichtete die Bourgeoisie, wenn es notwendig war, auf einen Teil des nationalen Gebietes. Der Verzicht des Proletariats - aus taktischen Erwägungen auf einen Teil seines nationalen Territoriums oder das Überschreiten seiner Grenzen bietet in dieser Beziehung nichts Neues. Der soziale Krieg des Proletariats, das von fremdländischem Kapital bedroht ist, ist ein ebenso nationaler Krieg, wie der Kampf der Bourgeoisie gegen fremde Unterjochung ein nationaler Krieg war. Diesem Grundsatz widerspricht nicht die Tatsache, daß das Proletariat sein nationales Ziel nicht nur durch den Krieg gegen den äußeren Feind, sondern auch im Bürgerkrieg gegen die eigenen Grundbesitzer erreicht. Die Epoche der bürgerlichen Nationalkriege war gleichzeitig die Epoche des Bürgerkrieges der jungen Bourgeoisie gegen die eigenen Grundbesitzer, die oft Hand in Hand mit dem fremdländischen Ausbeuter und Unterdrücker marschieren.

Das ist der Standpunkt, wie er in der Hamburger Adresse niedergelegt ist. (Zuruf: Nein! Erneuter Zuruf: Jawohl!)

Radek geht dann weiter:

"Uns droht eine andere Gefahr, die darin besteht, daß wir in diesem schweren Kampf der uns bevorsteht, nicht imstande sein werden, alle gesunden patriotischen Instinkte genügend auszunutzen, die in den Volksmassen Rußlands und den breiten Klassen der Intelligenz leben, die uns bisher nicht aus sozialen Gründen feindlich gegenüberstand, sondern weil sie uns für Elemente der Zersetzung des russischen Volkes betrachtete. Der Bauer war kein Patriot, solange er sich unter dem Joch in vollständiger Rechtlosigkeit befand".

Der theoretische Standpunkt, wie er in der Adresse niedergelegt ist, deckt sich mit dem von Radeks Schrift. Aber in einem Punkte besteht eine Differenz, und das ist der folgende:

"Alle Arbeiter, der ganzen Welt müssen jetzt russische Patrioten sein, denn Rußland ist das einzige Land, in der die Arbeiterklasse die Macht in Händen hat".

Also russischer Patriot muß man sein. Man darf nur nicht davon reden, daß das deutsche Proletariat eine deutsche Revolution zu machen hat. Man kann so und man kann so. Es ist typisch, daß die Forderung, die Nationalbolschewisten hinauszuerwerfen, zum eigentlichen Vater den Mann hat, dessen Artikel ich eben verlesen habe. Das K-radek-Spielen scheint dem Manne in der Tat im Blute zu liegen, indem er sich die Gedanken anderer aneignet, um dann diese anderen dafür aus der Organisation hinauszuerwerfen.

Man hat uns auch die Auffassung von Marx und Engels entgegengehalten. Die betreffende Stelle im Kommunistischen Manifest heißt: "Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben". Die Arbeiter haben folgende Aufgabe, die ihnen das Kommunistische Manifest in derselben Zeile zuweist:

"Indem das Proletariat zunächst sich die politische Macht erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie".

Das internationale Proletariat hat bestimmte Aufgaben:

"Die nationalen Absonderungen verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung."

Die nationalen Absonderungen und Grenzen verschwinden, aber die Nation, die Völker, die verschwinden nicht. (Zuruf: Einheitsmenschen!) In der Schrift, die Marx über die Pariser Kommune geschrieben hat, wird ausdrücklich der Arbeiterschaft als eine der Aufgaben der proletarischen Diktatur die Organisation der Einheit der Nation zugewiesen. Marx' Auffassung und Stellung zur Nation ist recht tief eingewurzelt gewesen. In der Erklärung zur russischen Verfassung steht im 1. Artikel der Satz:

"Die russische Sowjetrepublik wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als eine Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet".

Denken Sie denselben Satz, denselben Zustand, wie er heute in verfassungsrechtlicher Beziehung besteht, erweitert auf die ganze Erde: was wird dann die dritte Internationale sein? Sie wird sein ein "freier Bund freier Nationen, eine Föderation nationaler Räterepubliken". Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß eine große Ähnlichkeit mit der Situation von Heidelberg besteht. Damals war es der Syndikalismus, der als Popanz aufgerichtet wurde, heute ist es der Nationalbolschewismus. Unserer Ablehnung des Bürgerkrieges will ich noch einige Bemerkungen widmen.

Man sagt, daß wir Gegner des Bürgerkrieges sind. Wir wissen sehr wohl, daß die Revolution nicht mit Glacéhandschuhen gemacht wird. Es wird dabei sehr derb zugehen. Die Revolution ist ein gewaltsamer Kampf, ist Bürgerkrieg; aber wir haben in

Deutschland bisher dafür den Ausdruck Revolution gehabt und wir haben dabei allesamt verstanden, was damit gemeint war. Wenn in Deutschland die Arbeiterklasse ihre Herrschaft errichtet, dann findet sie sich in einer anderen Situation als die russische. In Rußland begann die Ausübung der Macht mit dem Bürgerkrieg. Wenn das Proletariat in Deutschland die Macht erobert, dann ist in Deutschland der Bürgerkrieg zu Ende. Er steht bei uns am Ende des Kampfes. Was in Deutschland alsdann beginnt, ist die zweite Phase der Revolution, die wir Diktatur genannt haben. Die Diktatur des Proletariats (Zuruf: Ist doch Bürgerkrieg!) ist die Anwendung von Zwangsmitteln gegen die widerstrebenden Schichten. Der Bürgerkrieg von dem Augenblick der eroberten Macht an ist kein Mittel der proletarischen Revolution, sondern der Konterrevolution. Als im November 1918 das Proletariat die Macht bekam, wer hatte da ein Interesse am Bürgerkrieg? In Deutschland ist vom ersten Tage der Revolution an der Bürgerkrieg das Mittel der Bourgeoisie gewesen. Es schließt eine ungeheure Gefahr ein für die Politik einer Klasse, wenn sie das politische Schlagwort ihrer Gegner aufgreift. Was hat die Revolution zugrunde gerichtet? Ganz wesentlich die Tatsache mit, daß einmal die Vertreter der Revolution es ablehnten, in die Räte zu gehen, weil dort ja auch U.S.P.- und S.P.D.-Leute saßen, zum zweiten dadurch, weil man dazu übergegangen war, die Parole des Bürgerkrieges nicht nur aufzugreifen, sondern auch praktisch auszuführen. Von dem Augenblick an, wo man den roten Soldatenbund schuf, leistete man dem Bürgerkrieg den größten Vorschub. Es kommt nicht darauf an, welchen Sinn man in die Parolen hineinlegen will, sondern darauf, wie die Ereignisse die Parolen interpretieren. Und da stehen wir in Deutschland vor der Tatsache, daß vom ersten Tage der Novembererhebung an, wo das Proletariat die Macht in den Händen hatte ... (Zuruf: War ja gar nicht der Fall. Widerspruch, Unruhe.) Ja, hat denn das Proletariat im November die Macht nicht gehabt? (Zuruf: Nein!) Man ist also der Meinung, daß die Novembererhebung nicht die Macht in die Hände der Ar-

beiterschaft gelegt habe. Eine Klasse ist von dem Augenblicke an zur Macht berufen, wo die Macht der ihr gegenüberstehenden Klasse zertrümmert ist. Das war sie. (Zuruf: An der Front war sie zertrümmert, nicht im Lande!) Die Situation im November 1918 war doch einfach die: Während des Krieges war die gesamte politische Macht konzentriert in den Händen der Generäle. Diese übten die Diktatur aus. Von dem Augenblick an, wo diese militärische Diktatur zerschlagen war, war die politische Macht der Gegenseite zerschlagen, war die Arbeiterklasse dazu berufen, selbst ihren Staat zu errichten. Wie ist es denn in Deutschland überhaupt möglich gewesen, eine Herrschaft der Bourgeoisie auszuüben? War sie das etwa aus eigener Macht? Doch nur dadurch, daß Teile der Arbeiterklasse, daß Verräter sich dazu hergaben, Teile der Arbeiterorganisationen in den Dienst dieser kapitalistischen Herrschaft zu stellen. Eben weil die Bourgeoisie nicht in der Lage war, nach dem Kriege ihre eigene Herrschaft zu errichten, deshalb der Anschluß an das ausländische Kapital. In dem Augenblick, wo der Bourgeoisie die letzte Stütze, die Verräter der Arbeiterschaft, bricht, wo die Arbeiter der Mehrheit zu denken anfangen, ist die Bourgeoisie genötigt, sich in die geöffneten Arme der ausländischen Bourgeoisie zu werfen, und diese in noch höherem Maße als im Versailler Vertrage als Rückendeckung gegen das Proletariat des eigenen Landes heranzuziehen. Es heißt die Augen verschließen, wenn man nicht sieht, wie die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie sich anlehnt an die bewaffnete Macht der Entente. Für das deutsche Proletariat erwächst die Erkenntnis, daß in dem Augenblick, wo in Deutschland die soziale Revolution losbricht, die deutsche Arbeiterschaft es nicht nur zu tun haben wird mit der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig mit der Bourgeoisie des Auslandes. (Zuruf: Bestreitet niemand!) Seitdem wir den Versailler Frieden haben, ist mit dem Ausbruch der Revolution in Frankreich sobald nicht zu rechnen. Der fremdländische Kapitalismus bekommt aus Deutschland heraus die Wirt-

schaftsmittel, die ihm in seinem Lande den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft ermöglichen. Frankreich ist gerade durch den Versailler Frieden zurückgeworfen worden auf den Standpunkt, auf dem es vor dem Kriege stand. Die Revolution in diesen Ländern bekam den schärfsten Schlag dadurch, daß es den kapitalistischen Klassen dieser Länder ermöglicht war, Wirtschaftsmittel in großem Umfange aus Deutschland herauszuziehen. So wurde die Struktur, die Frankreich vor dem Kriege hatte, die Struktur einer konterrevolutionären Nation, durch den Versailler Frieden aufs neue stabilisiert. Solange es in Deutschland selbst nicht zu einem Umsturz dieser Verhältnisse gekommen ist, solange ist in Frankreich vor allen Dingen nicht damit zu rechnen, daß dort eine proletarische Revolution losbricht. Wie stehen die Dinge aber bei uns? Sind wir hier in Deutschland in der Lage, die durch den Versailler Vertrag geschaffene Situation ihren Gang gehen zu lassen, oder ist nicht das Proletariat gezwungen, diesen Zustand zu brechen? Wenn unsere Politik ist, zur Revolution hinzutreiben, ganz unbekümmert, wie die Dinge in Frankreich stehen, ist da nicht mit der sozialen Revolution zugleich der Aufstand gegen die Entente gegeben? Ist nicht Deutschland heute eine Kolonie der Entente?

An der Situation, wie sie sich darstellt, kann kein Zweifel bestehen. Für uns handelt es sich darum, klar in die Erscheinung treten zu lassen, daß es sich hier nicht um einen augenblicklichen Einfall handelt. Wir haben diese Politik 1914 vertreten, als wir den Kampf gegen den Burgfrieden aufnahmen. Genau dieselbe Linie haben wir eingehalten in den Tagen des Novembers durch die Forderung, daß die arbeitenden Massen als Klasse sich zusammenschließen sollen, daß die Revolution konsolidiert werden sollte durch die Zusammenfassung der Räte, daß diese Räte eine auswärtige Politik treiben sollten, die im Osten gerichtet war auf den unmittelbaren

DEUTSCHLAND  
KOLONIE DER  
ENTENTE

"DRANG NACH OSTEN"

Anschluß an Rußland. Im Osten verlangten wir eine Politik, die die Aufrichtung jener großen Staatenbarriere unmöglich machte. Wäre diese revolutionäre Politik getrieben worden, kein Zweifel, daß jene Barriere niemals aufgekommen wäre. Nach Westen verlangten wir eine Politik des revolutionären Widerstandes. Wir verlangten, daß die Formationen, die aus dem Westen zurückkamen, beibehalten würden, bis im Lande die Schaffung einer neuen revolutionären Armee durchgeführt war. Die Räte mußten zusammengefaßt werden, ein neuer Staat geschaffen werden. Dieser Staat hatte sich seine Armee zu schaffen auf der Grundlage der betriebsweisen Bewaffnung, der Zusammenfassung der arbeitenden Massen als Klasse. Bis dieser Augenblick erreicht war, verlangten wir, daß man im Westen sich nicht einlasse auf eine Politik der Verständigung mit dem Völkerbund, daß man, wenn man schon unterschrieb, eine Machtformation in der Hand behielt, um der Entente wenigstens eine Macht entgegen setzen zu können. Wir verlangten, daß die Tatsache, daß die Gewalt in die Hände der Räte übergegangen war, benutzt wurde, um der Entente einen Damm entgegen zu setzen. Es hing genau so wie im Osten, so auch im Westen, von dem Willen der Revolution im Lande ab, ob eine solche Politik durchgeführt werden konnte. Gegen ein proletarisches Deutschland hätte die Entente den Kampf nicht aufnehmen können, und sie würde ihn auch nicht aufgenommen haben. Das ging über ihre Kraft.

Das war die Politik, wie wir sie im November 1918 verlangt haben, sie war die Fortsetzung dessen, was wir im August 1914 taten.

Ob hier Mehrheitsbeschlüsse herbeigeführt werden oder nicht, ist vollkommen gleichgültig. Ober die Richtigkeit einer Politik entscheiden nicht Beschlüsse irgendwelcher Parteitage, die Richtigkeit einer Politik wird bewiesen durch den Gang der politischen Entwicklung. Eine Politik, die im August 1914 in ganz Deutschland verlacht wurde, die im November 1918 verspot-

tet worden ist, steht heute im Brennpunkte einer neuen Organisation der Arbeiterklasse, steht im Brennpunkte der ganzen öffentlichen Debatten, der politischen Entwicklung selbst. Nachdem in jahrelangen Kämpfen die Situation bis auf diesen Grad gediehen ist, nachdem Sie selbst Gelegenheit genommen haben, uns in großen Massenversammlungen in Berlin unsere Auffassungen darlegen lassen haben, haben Sie selbst nicht wenig dazu beigetragen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Politik in den Mittelpunkt der Debatten gerückt ist. Die Massen tun nicht das, was wir wollen, sondern sie tun das, was sie in dieser Situation tun müssen. In dieser Situation setzt sich das Notwendige durch und wir haben die Zuversicht, daß der Politik, die wir treiben, die Zukunft gehört, gleichgültig, was Sie hier beschließen.

R.-Berlin: Da bis jetzt schon vierzehn Redner eingezeichnet sind, wird es zweckmäßig sein, ohne einem Redner das Wort abschneiden zu wollen, eine Beschränkung der Redezeit eintreten zu lassen, andernfalls der Parteitag wohl wochenlang dauern würde. Ich möchte eine Viertelstunde vorschlagen.

Th.-Rheinland: wendet sich gegen diese Beschränkung.

Der Antrag auf 15 Minuten Redezeit wird angenommen.

R.-Berlin: Ich habe dann noch folgendes Telegramm aus Stockholm bekanntzugeben:

"Wir danken für die brüderliche Einladung zum Parteitag. Sind leider verhindert. Wir hoffen lebhaft, daß der Parteitag zur Sammlung der revolutionären Arbeiter Deutschlands beitragen wird. Wir bedauern lebhaft die Zersplitterung in Deutschland. Es lebe die revolutionäre Einigkeit, es lebe der Geist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs! Es lebe die dritte Internationale.

Mit kommunistischem Gruß. Linkspartei Schwedens.  
Ström."



W.-Frankfurt a/M.: Ich habe folgende Erklärung abzugeben:

→ Altona  
"Da der Parteitag es für gut befunden hat, Delegierte, welche zu Unrecht hier als Delegierte erschienen sind, als stimmberechtigte anzuerkennen, ist es dem Vertreter Frankfurts nicht möglich, sich an weiteren Abstimmungen zu beteiligen und macht für die Spaltung der Partei diejenigen verantwortlich, die sie bewußt herbeiführen wollen".  
W.-Frankfurt a/M.

R.-Berlin: Es stehen zur Debatte die folgenden Anträge:

1. Antrag des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin:

Der Bezirk Groß-Berlin hält den Standpunkt der Hamburger Genossen, wie er hauptsächlich durch die Genossen Wolfheim und Laufenberg repräsentiert wird, betreffend die Fragen der Nation, Burgfrieden, Volkskrieg u.s.w. für nicht vereinbar mit dem Programm der K.A.P.D. Er ersucht deshalb die Organisationen, und einzelne Genossen, die diesen Standpunkt teilen, daraus auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

2. Antrag des Wirtschaftsbezirks Groß-Thüringen:

Die Frage des sogenannten Hamburger Nationalbolschewismus soll in den Mitgliedschaften entschieden werden, nachdem auch die Hamburger zu Worte gekommen sind. Die Reichskonferenz soll diese Frage als Punkt auf die Tagesordnung setzen.

3. Antrag des Wirtschaftsbezirks Mitteldeutschland:

Die Genossen Laufenberg und Wolfheim und alle, die ihre nationalistischen Tendenzen teilen, aus der Partei auszuschließen.

Zu dem letzten Antrage bemerke ich, daß er unmöglich hier zur Entscheidung gebracht werden kann, denn unser Statut besagt, daß der Ausschluß eines Genossen nur durch seinen Wirtschaftsbezirk zu erfolgen hat. Sache des Parteitages ist es, klare Richtlinien für die Partei aufzustellen. Dann mag jeder selbst entscheiden, ob er noch Mitglied der Partei zu bleiben hat.

An Anträgen sind inzwischen noch eingegangen:

4. Von der Ortsgruppe Wilhelmshaven:

Die Mitglieder der K.A.P.D. (Ortsgruppe Wilhelmshaven) haben in Sachen Laufenberg-Wolfheim folgende Resolution angenommen:

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur durch die Propaganda des schärfsten Klassenkampfes unser Ziel verwirklicht werden kann. Gedankengänge, die darauf hinauslaufen, durch In - den - Vordergrundstellen nationalistischer Tendenzen bürgerliche Kreise zur freiwilligen Mitarbeit und Einfügung in die Rätediktatur heranzuziehen, lehnen wir als verwirrend ab, da wir überzeugt sind, daß sich die am kapitalistischen System Interessierten nur der Gewalt der Tatsachen fügen werden. Ebenso lehnen wir es aber ab, irgendwelcher Instanz, selbst der Internationale, das Recht zuzugestehen, in Angelegenheiten, die nur die Partei selbst angehen, dieser bestimmte Verpflichtungen aufzuerlegen.

5. Von der Ortsgruppe Altona:

Die Ortsgruppe Altona steht auf dem Boden des verschärfsten Klassenkampfes und lehnt die nationalbolschewistische konterrevolutionäre Politik der Genossen Laufenberg und Wolfheim ab.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein.

Sch.-Eisenach: Ich glaube, wer den Ausführungen des Genossen L. gefolgt ist, wird sich wohl, wenn er es schon für nötig befunden hat, die Auslassungen der Broschüren und Artikel zu studieren, klar gewesen sein, daß das, was man von bestimmten Kreisen in die Gedankengänge hineinzulegen versucht, nämlich einen nationalen Gedanken, garnicht darin zu finden ist. Man muß sich überhaupt bei Behandlung dieses Themas fragen, ob denn die Verfechter des Marxismus, ob auch der Genosse G. auf dem Boden des Marxismus steht. Wir müssen den Bürgerkrieg ablehnen, weil sich in diesem Kampfe zwei gleich große Faktoren gegenüberstehen, und der Kampf nur dazu führt, daß sich beide Parteien verbluten. L. hat Ihnen auseinandergesetzt, wie die Sätze vom Bürgerkrieg im proletarischen Sinne zu verstehen sind. Haben wir nicht vom ersten Tage der Revolution an den Bürgerkrieg in Permanenz? Müssen wir nicht dazu übergehen, die revolutionäre Bewegung dahin zu drängen, daß es zur sozialen

Revolution kommt, um nicht unterzugehen als proletarische Klasse? Halten wir uns vor Augen, was in Spa gegen das deutsche Proletariat herausgekommen ist. Haben wir ein Interesse daran, daß man dazu übergeht, das deutsche Proletariat zu entwaffnen? Oder haben wir nicht vielmehr ein Interesse daran, daß sich die Revolution durchsetzt. Wir haben uns damit zu beschäftigen, welche Wege wir gehen müssen, um zu unseren Zielen zu gelangen. Man darf den einzelnen Genossen nicht das Recht absprechen, über all diese Fragen zu diskutieren. Will einer behaupten, daß sie damit gegen die Grundsätze unseres Programms verstossen haben? (Jawohl!) Dann bezeugt das, daß Sie nicht lesen können. Unter anderen Auslassungen hat man ja auch den Maiaufruf der Genossen L. und W. angegriffen und ihn als nationalbolschewistisch verschrien. Ich möchte ihn noch einmal kurz zur Verlesung bringen, um zu zeigen, was darin enthalten ist. (Redner verliest hier den größten Teil des Maiaufrufs, der bekannt ist.) Diese Gedankengänge spinnen sich wie ein roter Faden durch die ganzen Ausführungen der beiden Genossen.

Pf.-Gotha: In einer Viertelstunde ist es natürlich nicht sehr einfach, auf ein Referat zu antworten, was stundenlang währte und ausgiebig mit Zitaten arbeitete. Wenn ich jetzt anfangen würde, zu zitieren, würde ich meine ganze Viertelstunde mit Zitaten opfern. Der Genosse L. ist zwar heute um den Brei herumgegangen, er hat aber die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß er und Genosse W. nicht nur national-bolschewistisch sind, daß sie sogar auf dem Wege sind, antisemitische Tendenzen in das deutsche Proletariat zu tragen.

Es handelt sich nicht darum, daß wir auf höheren Befehl gegen L. und W. vorgehen, nur, weil es dieser Radek verlangt, sie auszuschließen, sondern wir haben uns, bevor Radek sich geäußert hat, gegen L. und W. wenden müssen. Mit der Phraseologie von den "fremden Horden" stützt man die Konterrevolution, denn sie hat es in der Hand, dieselben Worte zu benutzen. Wenn L.

es so darstellt, als sei 1918 die deutsche Revolution vollendet gewesen, so ist das eine Fiktion. Wir wissen doch sehr wohl, daß Foch die Front zermürbt hat, und daß es möglich war, daß Hindenburg die Truppen "geordnet" zurückführen konnte. Wir wissen, daß auch die Räte auf Befehl der Heeresleitung gebildet worden sind, um dieses Instrument zu mißbrauchen. Die Bewaffnung des Proletariats bestand nicht darin, daß man das Heer umschaltete. Es ist nicht richtig, daß die Bolschewisten nicht mit der Parole Bürgerkrieg an die Macht kamen, sondern mit der Parole Burgfrieden und nationaler Volkskrieg. Diese Parolen gaben die Menschewisten aus. Demgegenüber verlangten die Bolschewisten Frieden und haben auch mit dieser Parole den Frieden von Brest unterzeichnet, um eine Atempause zu bekommen. Erst nachdem sie das Heer umbauen konnten, war es ihnen möglich, den revolutionären Volkskrieg auszurufen. Und auch dabei waren sie stets noch in der Defensive. Sie verlangen noch heute alle vierzehn Tage den Frieden von der Entente. L. war 1914 gar nicht gegen den Krieg, sondern nur gegen den Burgfrieden. Er sollte es nicht so herausstellen, als ob er der einzige gewesen wäre, der 1914 das richtige getan hätte. L. verlangt mit anderen Worten das, was auch Haase 1914 proklamiert hat: Wir lassen in der Stunde der Gefahr unser Vaterland nicht im Stich.

Deutschland kann dem Ententekapital nichts anderes zur Verfügung stellen, als die Arbeitsprodukte des deutschen Proletariats. Man muß den Glauben an das Klassenbewußtsein verloren haben, wenn man die Gedanken des Genossen L. zu seinen eigenen macht. - Es kann uns gar nicht daran gelegen sein, den Ausschluß der beiden Genossen zu betreiben, vielmehr festzustellen, was wir wollen.

Es ist kindisch, Radek vorzuwerfen, daß er Laufenbergs Gedanken gestohlen hat. Wir könnten dann eigentlich nur froh sein, denn dann wäre Laufenberg sie los. (Heiterkeit)

J.-Berlin: Der Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß L. um die wesentlichsten Punkte herumgegangen ist. Ich erblicke darin ein Referat, das nur auf Wirkung ausgeht und das geeignet ist, Unorientierte einzufangen. Wir müssen zunächst feststellen, daß der Vorwurf, wir bereiteten ein zweite Heidelberger Konferenz vor, voll und ganz auf die Hamburger Genossen zurückfällt. Es ist festgestellt, daß die Hamburger Genossen sich bereits mit Spaltungsgedanken getragen haben. Es ist weiter festgestellt, daß hier fortgesetzt von Spaltung gesprochen wird. Wenn die Genossen das Programm kennen würden, würde dieses Wort gar nicht in die Debatte geworfen werden können. Wir bemühen uns ja eben um die Feststellung dieses Programms. Wir haben also diejenigen Richtlinien herauszuarbeiten, die wir als grundlegend betrachten wollen. Diesen Versuch, zu einer Einigung zu kommen, als Spaltung zu bezeichnen, ist so demagogisch, wie wir es in der proletarischen Bewegung wohl kaum noch erlebt haben. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß alles das, was die Hamburger Genossen dem Spartakusbund, resp. uns als in seinen Bahnen wandelnd, vorwerfen, auf sie selbst zurückfällt, wenn man hört, daß 1. die Hamburger einen direkten Betrug begangen haben, indem sie das Kernwort des Programmentwurfs ohne eine Anmerkung aus diesem Entwurf entfernt haben, ohne daß sie ihren Mitgliedern davon Kenntnis gegeben haben, daß zweitens die Unterschrift unter dem Maiaufruf gefälscht ist. (W.-Hamburg: Wir haben den Auftrag von G. bekommen!) Der Geschäftsführende Ausschuss wird dann dazu die nötige Erklärung abgeben. Der Maiaufruf wirkte in einer solchen Weise dem Proletariat gegenüber provozierend, daß man darin nur eine wohlvorbereitete Aktion zur Sprengung erblicken kann. Wenn die Genossen L. und W. dann gleichzeitig auf die Autonomiebestrebungen spekulieren, so kann man sich ein Bild machen von der Kampfweise der Hamburger Richtung.

Ich möchte fragen: gibt es denn eine Klassenorganisation des Proletariats ausschließlich in Deutschland, oder ist sie

international? Vor dieser Frage ist L. geflissentlich ausgewichen. Die Frage des Krieges gegen die Entente trägt einen ausgesprochen konterrevolutionären Charakter. Wir müssen alles daran setzen, von der Entente in Ruhe gelassen zu werden. Wer dem Proletariat einen Dienst erweisen will, muß im Auslande den Eindruck zu erwecken verstehen, als ob es eine Unmöglichkeit wäre, daß das Proletariat einen Krieg gegen die Entente führen könne. Die Propaganda L's und W's entwindet uns diese Mittel, sie schafft den Nährboden der Zusammenfassung der Arbeiterschaft unter den alten imperialistischen Kriegsgesetzen. Wir sind und wollen nicht mehr eine Politikantenpartei sein; für Politikanten haben wir keinen Platz. Wir verbitten es uns, über Selbstverständlichkeiten orientiert zu werden und in irgendeiner Weise als unmündige Kinder behandelt zu werden. Wir sind zusammengekommen, um die Richtlinien zu finden, um das Proletariat sammeln zu können. Wir dürfen keine Haarspaltereien in unserer Kampfgruppe dulden.

R.-Berlin: Ich bin über die Ausführungen des Genossen Sch.-Eisenach sehr erstaunt, war er es doch, der am 29. Juni in der Sitzung des Zentralausschusses einer derjenigen war, die der vom Zentralausschuss vorgelegten Resolution zustimmten. (Zuruf Sch.-Eisenach: Das ist nicht wahr!) Das kannst Du nicht ableugnen; Du hast sogar der verschärften Resolution zugestimmt. Es kommt mir so vor, als ob Du dann Deine Meinung gewechselt hast, wie unsereins manchmal sein Hemd wechselt. (Heiterkeit)

Um was dreht es sich? Wenn wir als K.A.P.D. unsere Haltung bestimmen wollen, so können wir das nicht tun von dem engen Rahmen der Nation aus. Unsere Politik kann nur eingestellt werden vom Standpunkt des internationalen Klassenkampfes des Proletariats aus. Von diesem Punkte aus haben wir die deutsche Bourgeoisie zu bekämpfen. "Deutsche Politik ist deutsche Politik, russische Politik ist russische", so sagte der Genosse Laufenberg anlässlich einer Versammlung in Hamburg. Ich sage unsere Politik ist proletarische internationale Klassenkampf-

politik. (Sehr richtig!) Darüber kann es mit uns kein Rechten geben. Ich würde, genau so wie ich es beim Spartakusbund getan habe, mein Mitgliedsbuch zerreißen, wenn die nationalistischen Tendenzen der Hamburger Genossen in der Partei die Oberhand bekommen würden. In einem Augenblick, wo die Russen hart an der deutschen Grenze stehen, wo jeder Tag uns vor neue gewaltige Aufgaben stellt, schreibt die Hamburger K.A.Z.: Soll Deutschland russischer Randstaat werden? Ich habe mit dem Kopfe geschüttelt, als ich das las. Heute ist die Parole für uns: Waffenbündnis mit Sowjetrußland! Die Ansichten, wie sie durch alle Broschüren und Artikel der beiden Genossen gehen, sind nur darauf gerichtet, den Bürgerkrieg zu bekämpfen und den Volkskrieg zu propagieren. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Genossen des Auslandes zu reden. Aber überall wurde dieser Standpunkt einfach nicht begriffen, der darauf beruht, im Auslande den Chauvinismus durch die Genossen L. und W. vertreten zu lassen. Nehmen Sie den Antrag Berlins an und dann mögen die Genossen die Konsequenzen ziehen.

Ap.-Hamburg: Ich erkläre, daß ich bis zur Abfahrt nach Moskau ständig für die beiden Genossen eingetreten bin, und zwar deshalb, weil wir uns geschieden hatten vom Spartakusbund nicht über die Frage des Nationalismus, sondern wegen der Frage der Organisation, der Union oder Gewerkschaft und des Parlamentarismus. Deshalb standen wir zu L. und W. und in diesen Fragen stehen wir auch noch heute zu ihnen. Was uns trennt, ist die Frage der nationalen Verteidigung, die Frage der Landesverteidigung. Wir haben die erste kommunistische Adresse nicht als nationalbolschewistisch aufgefaßt, wir haben dies Wort abgelehnt. Daraufhin griff der Spartakusbund uns an. Wir kamen nach Moskau, und erst da wurde uns die Broschüre "Kommunismus gegen Spartakismus" vorgelegt. Als wir das gelesen hatten, haben wir uns nicht besonnen zu erklären, daß danach Laufenberg und Wolffheim nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes ständen. Das ist leicht zu beweisen. Die beiden Genos-

sen erklären, daß das Ziel unserer Bewegung und Kämpfe die Einheit der Nation sein soll. Da sage ich: das ist nicht unser Ziel; daß wir nationale Tendenzen ausnutzen sollen, ist gewiß, das tut auch Radek. Aber wir sagen, und da sind wir Marxisten, nicht Ziel ist die Einheit der Nation, sondern die Herrschaft der Arbeiterklasse, und zwar nicht in einem Lande allein, sondern in der ganzen Welt. Dieses Ziel ist nicht nur vorhanden, wo die Arbeiterklasse die Macht hat, sondern auch in anderen Ländern. Damit haben wir zu rechnen. Deshalb sagen wir nicht: Einheit der Nation, sondern: Herrschaft des internationalen Proletariats. Das letztere wollen wir und darin unterscheiden wir uns von den beiden Genossen. Wohin man kommt, zeigt sich in den ganzen Broschüren und Artikeln. Ich gestehe ein, daß die Genossen L. und W. auch schon früher diesen Standpunkt vertreten haben, und es ist die Schuld aller Genossen, daß sie die Dinge nicht aufmerksam gelesen haben. Haben wir das jetzt aber einmal erkannt, dann sollten wir auch wissen, was wir zu tun haben.

Der verschiedentlich herangezogene Absatz aus der Broschüre "Demokratie und Organisation" hat uns zunächst abgestossen. Er entsprach dem ganzen Stimmungsbild der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland, der Sozialdemokratie; aber falsch war er, das hat der Ausgang des Krieges gezeigt. Man meint, daß man die Front hätte umschalten können. Das begreife ich nicht. Jeder, der Soldat war, weiß, daß das ein Unding war. Die Dinge lassen sich nicht mit einemale umschalten. So ist auch die Frage mit dem Burgfrieden zu bewerten. Wir hatten verstanden, daß man die Bourgeoisie betrügen sollte, indem man ihnen einen Burgfrieden vorgaukelte für den Fall, daß sie sich uns fügte. In demselben Atemzuge spricht Laufenberg von den Bauern; ihnen soll man ein Parlament zugestehen, damit sie aussprechen können, "wie sie sich die Sache denken". Gewiß muß man mit ihnen rechnen, aber daß wir ihre Auffassungen als die unsrigen anerkennen sollen, dagegen sträuben wir uns mit aller Entschiedenheit. Damit haben wir den Boden des Klassenkampfgedankens verlassen. Wenn man sich von dem Gedanken leiten läßt, die Einheit der Nation herzustellen, dann kommt man dazu, den

UMSCHALTEN  
FRONT

BURGRIEDEN